



StopEPA-Kampagne

e-Newsletter No. 11

September 2008

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe UnterstützerInnen und Interessierte,

In den vergangenen Wochen ist in der Karibik viel passiert. Das CARIFORUM-EPA, an dem ursprünglich fünfzehn Staaten beteiligt sein sollten, ist noch immer nicht unterzeichnet. Nachdem das weitere Vorgehen zunächst völlig unklar war, wollen aber außer Guyana und Haiti nun doch alle Staaten dem Abkommen beitreten. Im Oktober soll es soweit sein.

In der Zwischenzeit wächst die Skepsis gegenüber den Handelsabkommen jedoch auch in der europäischen Politik. So wird in diesem newsletter unter anderem der EPA-kritische Taubira-Report vorgestellt, der dem französischen Präsidenten Sarkozy vorgelegt wurde. Außerdem gibt es einen Überblick über den Stand der Verhandlungen in den einzelnen Regionen.

Wir wünschen Euch/Ihnen eine anregende Lektüre.

Viele Grüße vom StopEPA-Kokreis

Weitere Informationen zur Kampagne bei der **Koordination Südliches Afrika (KOSA)**, August-Bebel-Str. 62, 33602 Bielefeld, Tel.: 0521-9864851, Fax: 0521-63789 E-Mail: post@stopepa.de

Falls Sie den e-Newsletter nicht weiter beziehen möchten, senden Sie bitte eine kurze e-mail an post@stopepa.de. Wir werden Sie dann aus dem Verteiler löschen.

----- Inhalt -----

1. Der Stand der Dinge – Überblick über die einzelnen Regionen
 2. Reaktionen der Zivilgesellschaft und der Politik
 3. Aktionshinweise und Links
-

1. Der Stand der Dinge – Überblick über die einzelnen Regionen¹

Karibik

Guyana wird das Cariforum-EPA vorläufig nicht unterzeichnen. Dies ist das Resultat einer öffentlichen Beratung, die die Regierung des Karibik-Staates am 5. September abhalten ließ, sowie eines Sondertreffens der Cariforum-Mitglieder am 10.9. auf Barbados. Das Treffen war von Barbados' Premierminister David Thompson angeregt worden, weil dieser es angesichts der Unsicherheiten, die in vielen der Staaten bezüglich des Abkommen herrscht, für unmöglich befand, zum geplanten Termin am 2. September zu unterzeichnen. Abgesehen von Guyana und Haiti haben sich nun alle Cariforum-Mitglieder² geeinigt, das EPA zum nächstmöglichen Termin, voraussichtlich im Oktober, zu unterschreiben. Damit ist die Signatur insgesamt viermal verschoben worden. Die EU hatte bereits im Vorfeld des Treffens den 31. Oktober als endgültige Frist angesetzt, andernfalls sei das Abkommen gescheitert. Im diesem Fall würde es zu einer Erhöhung der Importzölle in die EU kommen, die allein für die jamaikanische Wirtschaft Kosten in Höhe von fünf Milliarden US-Dollar verursachen würde.

Auch Guyanas Präsident Bharrat Jadgeo schließt nicht aus, unter hohem ökonomischen Druck doch noch zu unterzeichnen. Zur Zeit strebt er jedoch ein reines Warenabkommen mit der EU an. Außerdem will er die Ergebnisse des AKP-Gipfels in Ghana am 2. und 3. Oktober abwarten. Dazu riet ihm Sir Shridath Ramphal, ein bedeutender Diplomat, der die Macht betont, die die AKP-Staaten gegenüber der EU haben, wenn sich alle gemeinsam gegen nachteilige Abkommen auflehnen. Ein wichtiger Schritt in diese Richtung ist auch eine Vereinbarung zu verstärkter Zusammenarbeit zwischen Guyana und Südafrika, die ebenfalls am 5. September getroffen wurde. Wenig Hoffnung lässt hingegen das Einlenken von St. Lucia, Grenada, Dominica und St. Vincent und den Grenadinen, die vor dem Treffen am vergangenen Mittwoch noch Widerstand gegen das EPA geleistet hatten. Der Protest von Zivilgesellschaft und politischer Opposition hält jedoch an. So verließen am 3. September in einer Beratung über das EPA im jamaikanischen Parlament Mitglieder der größten Oppositionspartei aus Protest den Saal. Fraglich ist auch, wie sich die Streitigkeiten um das EPA auf die politische Integration der Region auswirken werden.

Südafrikanische Entwicklungsgemeinschaft (SADC)

Noch vor den EPA-Verhandlungen beschloss die SADC im Jahr 2000, ein gemeinsames Freihandelsabkommen auf den Weg zu bringen. Die im Freihandelsabkommen (SADC FTA) vorgesehene achtjährige Übergangsfrist ist am 1. September zu Ende gegangen. Anlässlich dieses Ereignisses hielten die Regierungen der 14 SADC-Staaten³ am 16. und 17. August einen Gipfel in Johannesburg ab. Während Südafrikas Präsident Thabo Mbeki sich auf diesem positiv über die Chancen für Entwicklung und verstärkte regionale Integration äußerte, die von der Freihandelszone ausgingen, warnten Nichtregierungsorganisationen (NGOs) vor den Risiken der Handelsliberalisierung. Neben öffentlichen Protesten gab es auch eine Gegenveranstaltung zu dem offiziellen Gipfel, den People's Solidarity Summit, der vom South African People's Solidarity Network, einem Zusammenschluss von NGOs, veranstaltet wurde.

Das SADC FTA umfasst Staaten, die bei den EPA-Verhandlungen unterschiedlichen Gruppen zugeordnet wurden. Anstelle eines einheitlichen EPAs, das mit der SADC-Integration kompatibel ist, werden deshalb voraussichtlich mehrere Abkommen entstehen. Durch den freien Handel wird es für die SADC-Staaten außerdem unmöglich, sich gegen Waren aus der EU abzuschirmen, sobald ein Staat oder eine kleinere Gruppe unter ihnen mit der EU ein EPA abgeschlossen hat.

Zwischen 2000 und 2008 haben die SADC-Staaten die Zölle innerhalb der Region unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen ökonomischen Entwicklung um durchschnittlich 85 %

¹ Siehe auch: http://www.acp-eu-trade.org/library/library_detail.php?doc_language=en&library_detail_id=4665

² Die übrigen Cariforum-Mitglieder sind: Die Dominikanische Republik, Jamaika, Barbados, Trinidad und Tobago, Surinam, St. Vincent und die Grenadinen, Dominica, Antigua und Barbuda, St. Kitts und Nevis, die Bahamas, Belize, Grenada und St. Lucia.

³ Zur SADC gehören Südafrika, Namibia, Mosambik, Lesotho, Swasiland, Botswana, Simbabwe, Sambia, Angola, die Demokratische Republik Kongo, Tansania, Malawi, Mauritius und die Seychellen.

gesenkt. Dadurch soll die Wirtschaft aller Beteiligten gestärkt werden. Kritiker bemängeln jedoch, dass schwach entwickelte Länder weiterhin Rohstofflieferanten bleiben, die verarbeitete Produkte hauptsächlich aus Südafrika beziehen.

EU-Handelskommissar Mandelson hält trotz der oben erläuterten Problematik an der Meinung fest, dass EPAs eine positive Auswirkung auf die Freihandelszone hätten. Die EPAs, so Mandelson in einem offenen Brief an die Bevölkerung Namibias, würden bei der Angleichung der Märkte helfen und somit die Freihandelszone voranbringen.

Mandelsons Brief ist eine Reaktion auf ein Schreiben von zivilgesellschaftlichen Organisationen, die der EU vorwerfen, dass Interim-Abkommen mit Namibia sei unter massivem Druck auf die afrikanischen Verhandlungspartner zustande gekommen. Mandelson weist diese Anschuldigung mit der Begründung zurück, es habe eine Frist gegeben, an die man sich halten müssen, um WTO-Richtlinien zu entsprechen. Die Interimabkommen böten indessen einen thematisch und zeitlich breiteren Spielraum, in dem weitere Verhandlungen möglich seien. Wie in der Vergangenheit bleiben seine Ausführungen jedoch unglaubwürdig, denn Mandelson weigert sich nach wie vor, die in den Interimabkommen getroffenen Vereinbarungen zu öffnen neu zu verhandeln.

Zentralafrika

In Zentralafrika hat bisher nur Kamerun ein Interimabkommen abgeschlossen. Die letzten Verhandlungen zwischen der EU und den zentralafrikanischen Staaten fanden im Juli statt, die nächste Runde ist vom 29.9 – 7. 10. in Brüssel angesetzt. Über Waren und Dienstleistungen wird dabei getrennt beraten. Für den Warenhandel soll ein Abkommensentwurf bestehen, was aber von offizieller Seite nicht bestätigt worden ist. Uneinigkeit herrscht bislang noch über Schutzmaßnahmen und die Höhe von Zöllen. Die afrikanischen Staaten wollen einen Abbau um 71 % in zwanzig Jahren erreichen, die EU dagegen 80 % in fünfzehn Jahren. Für den Dienstleistungssektor wird derzeit ein vorläufiges Abkommen vorbereitet, für das die afrikanischen Länder aber noch Schutz- und Ausnahmeregelungen untereinander aushandeln müssen. Das Verhältnis von EPAs und Entwicklung wurde bisher nicht weiter thematisiert. Es ist aber ein regionaler EPA-Fonds geplant.

Westafrika

In Westafrika sind die Verhandlungen auf einem ähnlichen Stand wie in Zentralafrika. Auch hier ruhen die Verhandlungen seit Juli. Neben den Zöllen und dem Schutz empfindlicher Waren liegt der Fokus hier auch auf der Lebensmittelhygiene und auf den EU-Agrarsubventionen, die von den afrikanischen Teilnehmern als unlauterer Vorteil empfunden werden. Zudem wird das Verhältnis von EPAs und Entwicklung stärker thematisiert: Es werden ein „Aid For Trade“-Programm und ein EPA-Entwicklungsprogramm entworfen, die in das regionale ECOWAS-Entwicklungsprogramm integriert werden sollen und voraussichtlich im Dezember fertig gestellt sind. Die nächste Verhandlungsrunde findet vom 20. – 24. Oktober in Ouagadougou statt.

Im Senegal haben unterdessen die fünf größten Gewerkschaften des Landes an die Regierung appelliert, den Abschluss eines EPAs um drei Jahre aufzuschieben. Die senegalesische Bevölkerung befürchtet nicht nur den wirtschaftlichen Niedergang, sondern auch eine Verschärfung der Ernährungskrise, die durch die Überfischung der Küsten durch europäische Großfangflotten ausgelöst wurde. Im Jahr 2006 hat die Regierung ein Abkommen, dass der EU Fangrechte einräumte, nicht verlängert, um die einheimischen Fischer zu schützen; unter dem EPA wäre sie allerdings gezwungen, Senegals Meere wieder zu öffnen. Bisher haben in der Region nur die Elfenbeinküste und Ghana ein Interimabkommen abgeschlossen.

Ost- und Südostafrika

Die Mitgliedsstaaten der East African Community (EAC) beabsichtigen, bis 2010 die Zollunion in einen gemeinsamen Markt zu überführen. Dabei soll Uganda, Burundi, Ruanda und Tansania die Möglichkeit eingeräumt werden, sich vor dem wirtschaftlich stärkeren Kenia zu schützen. So ist zum Beispiel eine Sperrfrist von zehn Jahren geplant, bevor auch Firmen und Arbeitnehmer aus Kenia sich in den vier anderen Staaten ansiedeln dürfen.

Ebenso wie die ESA (East South Africa) hat die EAC ein Interimabkommen mit der EU abgeschlossen. Die Staaten der ESA haben angekündigt, über ein umfassendes EPA im Verbund mit der EAC verhandeln zu wollen, diese führt daneben aber weiterhin auch separate Gespräche. Die nächste Verhandlungsrunde findet vom 16. – 18. September statt. Außerdem ist für Oktober ein Treffen zwischen der EAC, der ESA und der COMESA (Common Market for Eastern and Southern Afrika) geplant.

Pazifik

Die Staatsoberhäupter der PIF-(Pacific Islands Forum)-Staaten haben bekräftigt, bis zum Ende des Jahres ein EPA abzuschließen zu wollen. Dieses müsse allerdings die ökonomischen Voraussetzungen und Chancen der einzelnen Länder berücksichtigen. Zudem sollen Dienstleistungen zunächst ausgenommen werden. Die nächste Verhandlungsrunde wird vom 15. – 16. September in Brüssel stattfinden. Bei diesem Anlass wird es zum ersten Mal auch zu einem Treffen auf Ministerebene kommen, an dem auf jeder Seite drei Repräsentanten teilnehmen.

Der Abschluss eines Freihandelsabkommens mit der EU wird für die PIF-Staaten vermutlich weitere Liberalisierungen im Rahmen des Pacific Agreement on Closer Economic Relations (PACER) und somit im Handel mit Australien und Neuseeland nach sich ziehen. Ein informelles Treffen fand bereits im Mai statt.

2. Reaktionen der Zivilgesellschaft und der Politik

EPA-kritische Stimmen werden inzwischen auch auf parlamentarischer Ebene laut. Die größte Durchschlagskraft unter ihnen entfaltete wohl der Taubira-Report, benannt nach Christine Taubira, die das Überseedepartement Französisch-Guayana in der französischen Nationalversammlung repräsentiert. Der Bericht, der zur Vorbereitung der französischen EU-Ratspräsidentschaft in der zweiten Jahreshälfte beantragt worden war, wurde dem französischen Präsidenten Sarkozy Mitte Juni vorgelegt. Er hebt die Risiken hervor, die für die AKP-Staaten mit den EPAs verbunden sind, und spricht sich dafür aus, in den Abkommen stärker auf die sozialen und ökonomischen Entwicklungen einzugehen. In besonderem Maße werden dabei die Verluste der Zolleinnahmen sowie die verbleibenden nicht-tarifären Handelshemmnisse behandelt.

Für die AKP-Staaten hätten die Zolleinnahmen eine ganz andere Bedeutung als für die EU, weil dort die Steuersysteme nur schwach entwickelt seien und deshalb ein großer Teil der Staatshaushalte (bis zu 40 %) aus Steuermitteln gespeist werde. Die Abschaffung von Zöllen sei deshalb für die Regierungen de facto mit dem Verlust von Handlungsfähigkeit gleichzusetzen. Auch die Vorteile des freien Handels könnten demgegenüber von den AKP-Staaten nicht ausgeschöpft werden, weil ihre Waren aus technischen oder (lebensmittel-)hygienischen Gründen an europäischen Märkten nicht zugelassen oder nicht konkurrenzfähig seien. Zudem drohten insbesondere die subventionierten Agrarprodukte aus Europa, die einheimischen Märkte zu ruinieren. Es wird deshalb empfohlen, diese von der Liberalisierung auszunehmen. Massive Kritik wird in dem Report außerdem gegen die Kopplung von Entwicklungshilfe an die EPAs vorgebracht.

In dem Brief, in dem Sarkozy Taubira seine Einschätzung des Reports mitteilt, stimmt er ihr darin zu, dass Solidarität, Ernährungssicherheit, regionale Integration und Entwicklung stärker in den Mittelpunkt des Abkommens gerückt werden müssten. Dazu reicht es seiner Meinung nach aber aus, die Formulierung des Vertrags mit einer deutlicheren Betonung auf diese Aspekte zu präzisieren.

Auch das Europäische Parlament hat vergangene Woche mit seiner EntschlieÙung zum Dienstleistungsverkehr Position zu einem EPA-relevanten Thema bezogen. Die Abgeordneten hielten fest, dass der unterschiedlichen ökonomischen Entwicklung von Staaten bei der Liberalisierung des Dienstleistungssektors Beachtung geschenkt werden müsse. Der internationale Handel müsse auch zum sozialen Fortschritt beitragen. Die Regulierung des Dienstleistungssektors bleibe ein Recht souveräner Staaten. In diesem Rahmen wurde auch das Cariforum-EPA geprüft und zur Kenntnis genommen; es wurde allerdings gefordert, weiterhin auf die allgemeine Zugänglichkeit öffentlicher Dienstleistungen zu achten. Zudem wurde betont, dass die Liberalisierung von Dienstleistungen zusätzlich zur Liberalisierung von Waren und auf freiwilliger Basis erfolgen müsse – auch im Rahmen der EPAs.

Das Parlament hat zudem bei der EU-Kommission zwei Berichte über das Cariforum-EPA angefordert, die vom Generaldirektorat für Handel und vom Generaldirektorat für Entwicklung angefertigt werden sollen. Diese werden allerdings nicht vor März 2009 erwartet.

3. Aktionshinweise und Links.

- Seit Mai 2008 gibt es eine neue Aktionspostkarte der StopEPA-Kampagne. Sie richtet sich an regionale Abgeordnete und fordert diese auf, sich für eine Neuverhandlung der EPAs einzusetzen. Hier können Sie die neue [Aktionspostkarte "Europa darf Afrika nicht überrollen"](#) bestellen oder direkt als [pdf-Datei](#) herunterladen (Mai 2008).
- Anlässlich des EU-Ministerrat-Treffens am 26. und 27. Mai diesen Jahres richtete die StopEPA-Kampagne einen weiteren [Brief an die Ministerin Wiecek-Zeul](#) . Ihre [Antwort](#) ist inzwischen auf der StopEPA-webseite einsehbar.
- Am 25. September 2008 wird in New York der UN-Gipfel zu den Millenniumsentwicklungszielen (MDGs) stattfinden. Aus diesem Anlass hat ein Bündnis entwicklungspolitischer Organisationen am 18. September unter dem Slogan „Armut kann einpacken“ Bundesentwicklungsministerin Heidemarie Wiecek-Zeul einen Koffer übergeben, der symbolische Gegenstände enthält, die an die acht Millenniumsziele gemahnen sollen. Parallel dazu wurde ein Schattenbericht vorgestellt, in dem das bisherige Engagement der Bundesregierung für die MDGs analysiert wird und konkrete Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt werden, damit Deutschland als große Wirtschaftsnation seiner Verantwortung für die Millenniumsziele endlich gerecht werden kann. An der Aktion ist auch die StopEpa-Kampagne beteiligt.

Weitere Informationen und den Schattenbericht (ab 18.9.2008) können unter www.venro.org sowie www.deine-stimme-gegen-armut.de eingesehen werden.

- Gäste aus Sambia empfangen Germanwatch und das Food First Information and Action Network (FIAN) Deutschland e.V. Vom 6. bis zum 17. Oktober werden sich Angela Mulenga, Handelsexpertin der Consumer Unity and Trust Society (CUTS), und John Mwemba, Milchbauer und stellvertretender Vorsitzender der größten Milchbauern-Kooperative in Sambia, Magoye Dairy Cooperative, auf einer Vortagsreise befinden, auf

der sie über die Gefahren berichten, die für die Kleinbauern in ihrem Land mit den EPAs verbunden sind.

Stationen:

- Mo, 06.10. Freiburg
- Di, 07.10. Tübingen
- Mi, 08.10. Hohenlohe
- Do, 09.10. München
- Fr, 10.10. Neustadt a.d. Aisch
- Di, 14.10. Berlin
- Mi, 15.10. Rendsburg
- Fr, 17.10. Köln

Weitere Informationen unter

http://www.fian.de/fian/index.php?option=com_events&task=view_detail&agid=175&year=2008&month=10&day=06&Itemid=226 oder bei a.paasch@fian.de

• Vom 26. September bis zum 8. Oktober wird die Ausstellung „Europa überrollt afrikanische Kleinbauern“ im Welthaus Bielefeld zu sehen sein. Auch sie ist ein Kooperationsprojekt von FIAN und Germanwatch. Die Ausstellung wird von der FIAN-Gruppe Bielefeld, der Koordination Südliches Afrika (KOSA) und dem Welthaus vorgestellt. Nähere Informationen gibt es in Kürze unter: <http://www.welthaus.de/aktuelles/>

• Am 23. September fordert die internationale StopEPA-Kampagne mit Protestaktionen und in Lobbygesprächen die Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Brüssel auf, den – als Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs) bezeichneten – geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und den Staaten Afrikas, der Karibik und des pazifischen Raums (AKP) ihre Zustimmung zu verweigern. Die Pressemitteilung zu den Aktionen kann unter www.stopepa.de eingesehen werden.

Weitere Links:

Informationen rund um den Handel zwischen EU und AKP und eine gute Übersicht über die einzelnen Regionen

<http://www.acp-eu-trade.org/epa>

Das vollständige Cariforum-EPA

http://trade.ec.europa.eu/doclib/docs/2008/february/tradoc_137971.pdf

Hintergründe und Details zu Guyanas Ausstieg aus dem Cariforum-EPA

<http://www.kaieteurnews.com/?p=7004>

<http://www.nationnews.com/newnation/story/329950225358589.php>

<http://www.nationnews.com/newnation/story/311275374107786.php>

Kritischer Artikel von Sir Ronald Sanders zum Stand der Caricom-Regionalintegration

<http://www.barbadosadvocate.com/NewsViewNewsleft.cfm?Record=36606>

Reaktionen auf die SADC FTA

<http://allafrica.com/stories/200808251450.html>

Offener Brief zivilgesellschaftlicher Organisationen aus Namibia an Handelskommissar Peter Mandelson

https://sslites.de/stopepa.de/img/Namibia_OPEN%20LETTER%20TO%20THE%20EUROPEAN%20TRADE%20COMMISSIONER.pdf

Erklärung des Africa Trade Network zu den Interim EPAs

https://sslsites.de/stopepa.de/img/ATN_Declaration_EPAs_Capetown_Feb_22_2008.pdf

Der „First-Action-Plan(2008-2010)“, der zwischen EU und AU im Dez. letzten Jahres in Lissabon ausgearbeitete wurde. Themen, die Handel und die EPAs betreffen, finden Sie, findet ihr auf den Seiten 16-17, 26, 58-64

<http://register.consilium.europa.eu/pdf/en/08/st07/st07204.en08.pdf>

Stellungnahme und Beschlüsse der AU zu EPAs

https://sslsites.de/stopepa.de/img/AU_Assembly_Addis_February_2008.pdf

Entschließung des Europäischen Parlaments vom 4.9.2008 über den Dienstleistungsverkehr

<http://www.europarl.europa.eu/sides/getDoc.do?pubRef=-//EP//TEXT+TA+P6-TA-2008-0407+0+DOC+XML+V0//DE>

Zusammenfassungen und Kommentare des Taubira-Reports in englischer und französischer Sprache

<http://www.normangirvan.info/report-to-president-sarcozy-from-christiane-taubira-on-the-eu-acp-epas/>